



November 2025

Wir sind das Stadtbild



Demo am 25.10. auf der Mö, siehe auch S. 10 Foto: Mathias Thurm

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe:
Freitag, 28.11.2025

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Mitgliedertreffen	S. 2
Mahnwache Reichspogromnacht	S. 2
Gegen die Wehrpflicht	S. 3
Antiziganismus: Die zweite Verfolgung	S. 4
Ein denkwürdiger Abend	S. 6
Halloween im Spielhaus St. Gorg	S. 7
Ver.di Tarifrunde Länder	S. 8
Aus der Bezirksfraktion (Zwei PM)	S. 9
Senior*innenveranstaltung.	S. 10
Wir sind das Stadtbild	S. 10
Ernst Busch singt	S. 11
Termine / Kontakt	S. 12

Einladung: Mitgliedertreffen am Sonntag, 16.11.

Liebe Mitglieder des Bezirksverbands Hamburg-Mitte,

wir möchten euch hiermit herzlich einladen zum **Mitgliedertreffen am Sonntag, 16. November ab 18 Uhr im Centro Sociale** (Sternstraße 2).

Gemeinsam wollen wir uns über die parlamentarische Arbeit der Linken austauschen und ins Gespräch mit unseren Abgeordneten kommen.

Mit dabei sind unsere Abgeordneten aus **Bundestag, Bürgerschaft und Bezirksversammlung**

– darunter **Cansu Özdemir, David Stoop, Kay Jäger, Nora Stärz, Marinus Stehmeier, Antonia Ivankovic, Steffen Leipnitz und Carina Sickau**. Sie berichten von ihrer Arbeit und freuen sich auf den direkten Austausch mit euch.

Für Getränke ist gesorgt, und natürlich bleibt auch Zeit für Gespräche, Vernetzung und ein bisschen Geselligkeit.

Kommt vorbei, bringt eure Fragen und Ideen mit – wir freuen uns auf euch!

Solidarische Grüße
Euer Bezirksvorstand

9. 11.: Mahnwache zur Erinnerung an die Reichspogromnacht



Liebe Genoss*innen, am **9. November** jährt sich die **Reichspogromnacht** – die Nacht, in der Synagogen brannten, jüdische Geschäfte und Wohnungen zerstört, Menschen verschleppt, misshandelt und ermordet wurden. Sie markiert den Übergang von Ausgrenzung und Entrechtung hin zur systematischen Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in der Shoah.

Gerade heute ist es wichtiger denn je, das Gedenken an die Opfer wachzuhalten und uns entschieden gegen Antisemitismus, Rassismus und jede Form von Menschenfeindlichkeit zu stellen. In diesem Sinne laden wir Euch herzlich ein, an unserer

Mahnwache am 9. November teilzunehmen.

Sie findet von **13:00 bis 14:30 Uhr auf dem Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof) statt** – dort, wo einst die Bornplatz-Synagoge stand, die in jener Nacht verwüstet und später abgerissen wurde.

Lasst uns gemeinsam ein Zeichen gegen das Vergessen setzen und unser Engagement für

eine friedliche und solidarische Gesellschaft bekräftigen.

Erinnerung und Mahnung!

In Memoriam Esther Bejarano & Steffi Wittenberg & Peggy Parnass

Das vollständige Programm der Mahnwache findet Ihr auf der Website der VVN-BdA

Quelle: Rundbrief der VVN/BdA



Kundgebung: Gegen die Wehrpflicht für die zivile Entfaltung des Lebens!

Der Krieg kann nur geführt werden, wenn die Bevölkerung mitmacht. Schmerzlich spürt das die Bundeswehr. Trotz allen Bemühungen durch Werbung in Schulen, auf Jobmessen, bei Musikfestivals und Volksfesten gelingt es ihr nicht, Jugendliche davon zu überzeugen, sich dem Kadavergehorsam im Militär unterzuordnen. Trotz aller Propaganda darüber, dass Pazifismus Schwächlingskram sei, oder dass wer sein Vaterland nicht verteidige ein Egoist sei, die Jugend ist nicht Kriegstüchtig. Laut der Studie „Jugend in Deutschland“ sind nur 14 Prozent der Schüler:innen zwischen 14 und 18 Jahren für die Einführung eines verpflichtenden Wehrdienstes; freiwillig melden würden sich nur 2%.

Die nun geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht ist an aller erster Stelle der Versuch, Befehl und Gehorsam über die Entfaltung einer jeden einzelnen Persönlichkeit zu stellen. Sie ist der Versuch Gewaltablehnung, Menschenbefürwortung und Lebensfreude aus den Köpfen und der Tat zu verjagen.

Sie ist der Versuch, die längst überfällige Verwirklichung der Lehren aus zwei Weltkriegen zu zerstören. Nach zwei von Deutschland ausgehenden Weltkriegen, die jeweils unter dem auch heute bemühten Vorwand einer „Invasion aus dem Osten“ vorbereitet und begonnen wurden, gilt erst recht: **Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!**

Das bedeutet, alle gesellschaftlichen Bereiche nach Maßgabe der Menschlichkeit zu gestalten. Eigentlich steht an: Solidarisches und freudvolles Lernen in den Schulen, produktive Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums weltweit, allseitige Heilung in den Krankenhäusern, Aufklärung und emanzipatorische Entfaltung in den Kunst- und Kultureinrichtungen und Schaffung guter sozialer und kultureller Lebensbedingungen.

Wie schon in der Charta der Vereinten Nationen als weitreichende Ambition gefasst, kämpft heute eine globale Bewegung für die vollumfängliche

Realisierung der Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts, der Entwicklung kooperativer und ziviler Wirtschaftsbeziehungen und die auf Abrüstung und Deeskalation gerichteten Gestaltung der internationalen Beziehungen.

Krieg, Aufrüstung und Militarismus sind der größte Hemmschuh produktiver Entwicklung hier und überall. Die Wehrpflicht ist ein wesentliches Instrument, um das Engagement für die Erringung dieser erfreulichen, die Menschheit befreiende Perspektive zu bekämpfen. Jede Abneigung gegen das Militärische ist richtig und ein praktisches Lernen aus der Geschichte.

Lassen wir uns also nicht beirren! Der Krieg wird nicht für Freiheit, Demokratie oder Menschenrechte, sondern für die Profite einiger weniger geführt. Jede Kriegsdienstverweigerung, jeder Protest und jede Ablehnung hat direkte Friedensstiftende Bedeutung! Jedes Nein zur Wehrpflicht ist ein Ja für die Entfaltung des zivilen Lebens, einer Lebensperspektive ohne Militär.

Wenn also die Unterordnung unter Befehl und Gehorsam verlangt wird, werden wir umso frecher und lebensfreudiger sein.

Wenn die Unterordnung unter das 50er Jahre Menschenbild „devote Frau am Herd, starker Mann an der Front“ verlangt wird, werden wir umso egalitärer und aufrechter sein.

Wenn die Aufopferung für das Vaterland gefordert wird, werden wir umso anspruchsvoller international solidarisch für humane Entwicklung streiten.

Jede:r ist gefragt!

**Kommt zur Kundgebung am
Donnerstag, den 6.11.2025,
ab 15 Uhr auf dem Rathausmarkt!**

Solidarische Grüße
Laurin

„Die zweite Verfolgung“ Antiziganistische Polizeigewalt in Hamburg

Am 5. November findet in den Fanräumen des FC St. Pauli eine Veranstaltung zum Thema „Die zweite Verfolgung“ – Antiziganistische Polizeigewalt in Hamburg“ statt. Anlass ist der gewaltsame Tod zweier junger polnischer Roma - Karol Kwiek (26) und Joska Czori (27) - vor 65 Jahren: Sie wurden am 5.11.1960 bei einer Massenschlägerei in einer Niendorfer Metzgerei von einem Polizisten erschossen, ein weiterer Roma schwer verletzt. Ihr Tod geriet schnell in Vergessenheit und wurde erst 2020 durch journalistische Recherche im Auftrag der damaligen Unabhängigen Kommission Antiziganismus der Vergangenheit entrissen. (1)

Der genaue Hergang wurde nie richtig aufgeklärt. Alles spricht dafür, dass die Polizei übereifrig und ressentimentgeladen agierte. Bereits die erste Funkmeldung war durch antiziganistische Ressentiments geprägt. Und schon am Tag nach der Erschießung, bevor auch nur ein einziger Roma-Zeuge befragt worden war, legte sich die Polizei fest: Es war Notwehr. Zeug*innen aus der Roma-Community bestritten die Darstellung der Polizei. Statt aufzuklären, hetzte die Polizei, unterstützt von den Medien, gegen die polnische Roma-Gruppe und „warnte“ ohne Anlass und Beweis vor angeblich angedrohter „Blutrache“ der Roma. In der Bevölkerung entluden sich, befeuert durch die Medien von der Süddeutschen bis zur Bildzeitung, antiziganistische Ressentiments, die auch nach dem Völkermord an den Sinti und Roma ungebrochen waren: Gräuelmärchen und Forderungen nach Ausweisung der Roma machten die Runde. In den Läden wurde ihnen nichts mehr verkauft, unter Beschimpfung wurden sie rausgeworfen.

Die gemeinsame Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg, von Fanladen und Fanräumen des FC St. Pauli trägt den Titel „Die zweite Verfolgung“. Dem Völkermord (Porajmos) waren in Deutschland und im besetzten Europa in den KZs und bei Massenerschießungen schätzungsweise 500.000 Sinti und Roma zum Opfer gefallen. Von den ca. 20.000 Deutschen haben kaum 5.000 überlebt – traumatisiert, schwer gezeichnet und oft durch Zwangssterilisierung und „medizinische“ Experimente verletzt. Sie hatten alles verloren, standen vor dem Nichts. Ihre Diskriminierung und Verfolgung jedoch ging weiter. Sie wurden marginalisiert, diskriminiert, nicht selten angegriffen. Städte und Gemeinden weigerten sich, sie aufzunehmen, drängten sie in Elendsquartiere an den Stadträndern, um sie loswerden. Symptomatisch für die fast nahtlos fortgesetzte

Verfolgung ist ein Schreiben des Dienststellenleiters des Haupternährungsamtes Harburg im August 1945 an den Harburger Ortsbürgermeister: „An der Waßmerstraße befindet sich eine Kolonie von 234 Zigeunern. Viele dieser Leute sind, wie nicht anders zu erwarten, KZ-Häftlinge gewesen. Diese minderwertigen Kreaturen (sind) ja jedem als Nichtstuer, Bettler und Tagediebe bekannt. (Sie machen) Bezugsrechte (als NS-Verfolgte) gelten. (Oft) werden die Brüder (dabei) frech. (Wir würden gerne) Vorschläge vortragen, um Wilstorf endgültig von der Zigeunerplage zu befreien.“

Das Deutsche Reich hatte vielen Sinti und Roma die Staatsbürgerschaft entzogen. Die „Wiedergutmachungs“behörden erkannten ihre Verfolgung als rassistisch begründet meist nicht an. In weiten Teilen Deutschlands galt, dass Sinti und Roma „überwiegend nicht aus rassistischen Gründen“, sondern wegen ihrer „asozialen und kriminellen Haltung“ in die KZs verbracht worden seien. Das bekräftigte der Bundesgerichtshof 1956 in einem schändlichen Grundsatzurteil. Als „Kriminelle“ diffamiert, war den überlebenden Sinti und Roma jahrzehntelang die Anerkennung als NS-Opfer verweigert worden. Damit waren sie weitgehend von Entschädigungszahlungen ausgeschlossen.



Von den geschätzten 15.000 bis 25.000 Roma, die vor dem deutschen Überfall in Polen gelebt hatten, waren – auch hier gibt es nur Schätzwerte – 50 bis 70% von den Nazis ermordet worden. Ende der 1950er Jahre gelang es etlichen hundert Roma aus Polen, nach Deutschland einzureisen, ohne gleich wieder abgeschoben zu werden. Viele von ihnen landeten in Hamburg, darunter die Familien der beiden Getöteten. Zwar wurden sie, v.a. aus außenpolitischen Gründen, nicht abgeschoben, aber sie unterlagen noch heftigerer

Diskriminierung. Von der Polizei wurden sie kontrolliert, überwacht und schikaniert.

Rudko Kawczynski, Hamburger, Bürgerrechtskämpfer der ersten Stunde, Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der Rom und Cinti Union (RCU), war als Kind mit seiner Familie aus Polen über Österreich nach Hamburg gekommen. Er erinnerte sich: „1961 ist meine Großmutter gestorben. Sind viele Menschen angereist, und da kam Polizei, damals hieß das Überfallkommando. Mit einem Lastwagen angekommen, runtergesprungen, rein in die Wohnungen, und die sind da reingestürmt, haben die Leute an die Wand gestellt. Es war fürchterlich. Und meine Großmutter lag da im Sarg. Daran kann ich mich noch erinnern als kleines Kind. Überall, wo ‚Ansammlungen‘ nach ihren Vorstellungen waren, da hat man dann massiv eingegriffen. Man wollte präventiv die Leute erschrecken. Zeichen setzen. Das ging dann regelrecht weiter. Das kenne ich aus vielen anderen Situationen. Es war eine richtige regelrechte Überwachung. So bin ich aufgewachsen.“ (Zitiert nach: Ingrid Müller-Münch)



Für die Deportation der Juden war im faschistischen Deutschland die Gestapo zuständig, für die Deportation der Sinti und Roma dagegen die Polizei. Anders als die Gestapo wurde die Polizei von den Alliierten nicht als Verbrecherorganisation eingestuft, so dass die Polizeitäter fast gänzlich straflos blieben. Mehr noch, sie blieben für die „Zigeunerfrage“ zuständig. Auch in Hamburg. Schon im September 1945 schlug der alte und neue verantwortliche Kriminalpolizist namens Jehring dem Senat vor, die überlebenden Sinti und Roma sollten so untergebracht werden, dass sie von der Polizei „ständig beobachtet“ werden könnten. Falls sie versuchen sollten, ihre Unterbringungsstelle zu wechseln, seien sie als „Asoziale“ in Zwangsarbeitslagern zu internieren. Auch wenn er sich damit nicht durchsetzen konnte, war

der Kurs der „zweiten Verfolgung“ eingeschlagen. Wie andere Polizeien übernahm auch die Hamburger z.B. die von der NS-Zigeunerdienststelle angelegte sogenannte „Zigeunerdatei“ und legte bis in die 1970er Jahre neue Akten an. Über die Kontinuitäten antiziganistischer Einstellungen und Handlungsweisen bei der Polizei werden wir auf der Veranstaltung ausführlich sprechen.

Zwar hat die Polizei Hamburg mit der Aufarbeitung ihrer furchtbaren Rolle bei der Diskriminierung, Verfolgung und Ermordung der Sinti und Roma begonnen und z.B. in einer Erklärung im Mai 2024 ihre Verantwortung für die Deportation der Sinti und Roma übernommen. Für eine Veränderung der polizeilichen Praxis braucht es aber ganz andere Anstrengungen. Denn antiziganistische Ressentiments sind in den polizeilichen Strukturen bis heute verankert. Wie selbstverständlich konzentrierte sich die Polizei etwa 2007 in den Ermittlungen zum Tod der vom NSU ermordeten Polizeibeamtin Kiesewetter zu 60% auf eine Gruppe von Roma, die in der Nähe des Tatorts Halt gemacht hatte. In den Fachpublikationen der Polizei, wurde 2021 bei einer Podiumsdiskussion des Deutschen Instituts für Menschenrechte dargelegt, findet sich immer wieder antiziganistisches Gedankengut. Und 2024 legte die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus MIA in ihrem Bericht über antiziganistische Vorfälle im Jahr 2023 den Schwerpunkt auf Antiziganismus in der Polizei, der sich u.a. in mehreren Fällen extremer Polizeigewalt äußerte.

Christiane Schneider

(1) Ingrid Müller-Münch, Tödliche Polizeigewalt gegenüber Sinti und Roma 1945 bis 1980

Veranstalter: rls Hamburg, Fanladen und Fanräume e.V.

Zeit und Ort: 5. November, Fanräume im Millerntorstadion, Heiligengeistfeld 1, 20359 HH 5.11.2025, 19:00 - 21:00 Uhr

Zu den Fotos von Christiane::

An jedem 2. August findet am Hannoverschen Bahnhof eine Gedenkveranstaltung statt: In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 wurden im von der SS als „Zigeunerlager“ bezeichneten Abschnitt des Konzentrationslagers Auschwitz II 4.200 bis 4.300 Roma und Sinti ermordet.

Ein denkwürdiger Abend

Preisverleihung der Stiftung Auschwitz-Komitee

Der alljährliche Hans-Frankenthal-Preis der Stiftung Auschwitz-Komitee fand am 30. Oktober wie seit Jahren im Lichthof der Staats- und Universitätsbibliothek statt. In diesem Jahr wurde der Preis an zwei Projekte vergeben, die mit unterschiedlichen Ansätzen die aktuellen Erscheinungsformen der Rechtsentwicklung und Möglichkeiten von Widerstand aufzeigen.

Sexismus, LGBTIQA*Feindlichkeit, Rechtsterrorismus, Antisemitismus und geschichtsrevisionistische Tendenzen. Das aktuelle Buch kostet 22 Euro, ich kann es sehr empfehlen.

Zum anderen ging der Preis an den Schauspieler Roman Knižka und das Bläserquintett OPUS 45, das von Bläsern und Bläserinnen aus mehreren

Städten getragen wird. Sie klären auf ungewöhnliche Weise auf über historische Mechanismen, die zur Zerstörung der Weimarer Demokratie führten, um zu sensibilisieren für aktuelle Bedrohungen demokratischer Strukturen, den Dialog zu fördern, Erinnerungsarbeit und Zivilcourage zu stärken. Ihre Motivation ist es insbesondere, junge Menschen zu stärken, indem sie Geschichte leben-



Es gab einen langen Applaus für die Preisträger:innen und auch die Laudator:innen

Zum einen ging der Preis an die Herausgeber*innen des Reports „Recht gegen Rechts“, der seit fünf Jahren erscheint. Anliegen der sieben Herausgeber:innen, die für jede Ausgabe zahlreiche weitere Autor:innen für Beiträge gewinnen, ist es, aufzuzeigen, inwieweit die Justiz ihre Möglichkeiten zum Schutz von Demokratie und Grundgesetz konsequent und zielgerichtet nutzen. Themen sind sowohl rechte Angriffe auf die Justiz wie etwa in Thüringen, aber auch das AfD-Verbot, demokratische Leerstellen, Versagen der Justiz oder beunruhigende rechte Tendenzen in der Rechtsprechung. Im Zentrum stehen die Themenkomplexe Demokratiefeindlichkeit, Rassismus,

dig vermitteln und Verantwortungsbewusstsein wecken. Das Quintett begleitete die Veranstaltung musikalisch und führten zum Abschluss zusammen mit Roman Knižka einen beeindruckenden halbstündigen Ausschnitt aus ihrem neuen Programm „Deutschland, siehst du das nicht...?‘ Untergang der Weimarer Republik (1929-1933“ Wer sich ein genaueres Bild machen will, findet weitere Infos und Aufführungstermine auch für Hamburg auf der Website <https://www.opus-45.de>.

Die Beiträge der Preisträger und die Reden zur Ehrung der Preisträger machten den Abend zu einem denkwürdigen Ereignis.

Christiane Schneider (auch Foto)

Halloweenfest im Spielhaus St. Georg



Für Freitag, den 31.10., hatten u.a. die Bezirksfraktion der LINKEN und die Stadtteilgruppe St. Georg zum Kinder-Halloweenfest ins Spielhaus Danziger Straße eingeladen. Unter dem Motto „Gruseln gegen Rechtsruck, Verdrängung

und Repression – für Solidarität und offene Räume“ kamen Familien, Nachbar*innen und viele Kinder zusammen. Richtig viele Menschen aus St. Georg und Umgebung!

Bei Stockbrot, Grilllecken, Waffeln und heißem Kakao wurde gespielt, gebastelt, geschminkt und gelacht. Neben Spaß und Süßem ging es auch um ernste Themen: Kinderrechte, Gentrifizierung und soziale Sicherheit im Stadtteil.

Das Fest zeigte, wie wichtig Orte wie das Spielhaus sind – als offene, kostenfreie Räume für Begegnung, Kultur und auch Solidarität.

Kein Spielhaus darf weggespart werden – St. Georg bleibt solidarisch und für alle!

Lea Behn



"Wir wollten eine Zulage für alle - und haben jetzt eine Zulage für Einige"

So betitelt die Gewerkschaft Ver.di ihr Tarinfo für ihre Mitglieder.

Nach über drei Jahren - in der 5. Verhandlungsrunde (gefühlte mehr) konnte zwischen der Gewerkschaft Ver.di und dem Finanzsenator Dressel eine "Zulage für bürgernahe Dienstleistungen" erzielt werden.



Foto vom Warnstreiktag 17.11.2023, vb

Seit über zwei Jahren bleiben 5.000 Stellen im Hamburger Öffentlichen Dienst unbesetzt (diverse Anfragen von CDU und Linke in der Bürgerschaft). Teilweise werden diese als "Einsparpotentiale" benutzt, in den meisten betroffenen Bereichen aber kein passendes Personal mehr gefunden. Die Gewerkschaften und Personalräte bemerken, dass interessierte Bewerber*innen und auch zunehmend schon eingestelltes Personal sich in die Hamburger Umlandgemeinden bewerben bzw. wegbewerben. Die Warnstreiks der beiden letzten Jahre zu diesem Thema wies der

Tarifrunde der Länder gestartet

Die Tarifgemeinschaft der Länder verhandelt über einen neuen Tarifvertrag für ihre rund 2,6 Millionen Beschäftigten der Bundesländer. In Hamburg betrifft dieses vor allem die Beschäftigten in den Bezirks- und Senatsverwaltungen.

Seit dem 1. September werden die möglichen Forderungen in den Betriebs- und Fachgruppen diskutiert.

Am 17.11. wird dann die Tarifkommission der Gewerkschaft Ver.di diese veröffentlichen.

Noch sind vielen die Warnstreiks von vor zwei Jahren gut in Erinnerung:

In den unterschiedlichsten Stadtteilen verbündeten sich die Beschäftigten unterschiedlichster Bereiche wie Soziale Dienste, Betriebshöfe, Marktmeister und Schulbüromitarbeiter mit verbindenden Demonstrationen und Kundgebungen.

Die Arbeitgeber hatten noch in der zweiten Verhandlungsrunde kein Gegenangebot vorgelegt.

Finanzsenator immer wieder zurück - und versprach konkrete Verhandlungen nach der Bürgerschaftswahl.

Der Tarifvertrag sieht vor, dass nur - nach derer Maß - Beschäftigtengruppen mit "definiertem Bürgerkontakt" diese erhalten sollen, wie z.B. Beschäftigte im Hamburg Service (ehemalige Einwohnerämter), der Bauhöfe der Bezirksämter und auch die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten.

Während die beiden ersten Berufsgruppen ab 1.2.2026 eine Zulage von 100 Euro und ab 1.5.2027 von 115 Euro erhalten sollen, werden die Beschäftigten in den Grundsicherungsämtern und Sozialen Diensten nur mit der Hälfte in Höhe von 50 Euro bzw. 75 Euro "abgespeist".

Das kommt nicht gut an - um das mal etwas satter auszudrücken. Kühn betrachtet, es ist mit diesem Abschluss mit Sicherheit kein "Run" auf die vielen offenen Stellen zu erwarten. Was wiederum die "Wartezeiten" auf Anträge der Bürger*innen nicht verringern wird. Die Gewerkschaft betrachtet dieses nur als eine "Verhandlungsgrundlage" für weitere Aktionen.

Es steht ja die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst der Länder an (und das betrifft einen Großteil der Dienststellen der Stadt Hamburg, siehe unten)

Verena Brachvogel

Es hieß nur: "Krieg macht alle arm!" Durchgesetzt werden konnte ein Sockelbetrag von 200 Euro, Inflationsausgleichszahlungen - eine Lohnsteigerung von rund 5,5 Prozent.

Leider haben sich die politischen Verhältnisse rund um die Bundesrepublik kaum verändert, stattdessen wird die Bundeswehr weiter aufgerüstet und die Militarisierung vorangetrieben, was über "Sondervermögen" die Handlungsspielräume des Bundes und der Städte schmälert. Dieses Mal muss es gelingen, die noch bestehende "Lohnlücke" zu den Beschäftigten von Bund und Gemeinden zu schließen. Deren Tarifrunde ist gerade im Frühjahr zu Ende gegangen.

Das reale Lohnniveau nach der hohen Inflationswelle in den letzten Jahren muss wieder hergestellt werden - das wird Zeit und Kampf benötigen!

Verena Brachvogel

Aus der Bezirksfraktion:

Nachwahlen zum Präsidium der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte- Das „Herz von Rot-Grün“ schlägt rechts.

26. Oktober 2025



Bei der Nachwahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden der Bezirksversammlung – nachdem die Abgeordnete Stefanie Blaschka (CDU) zurückgetreten war – wurde am 16. Oktober mit Fabian Haase erneut ein CDU-

Abgeordneter gewählt. Nach den bisherigen Gepflogenheiten wurden die Sitze im Präsidium nach Fraktionsstärke bestimmt. Hiervon wird nun abgewichen: Die CDU ist mit acht Abgeordneten in der BV vertreten, die Linke inzwischen mit neun, nachdem [Carina Sickau](#) der Linksfraktion beigetreten war. Selbstverständlich ist die Linke bereit gewesen für ein kollegiales Miteinander Verantwortung zu übernehmen und hatte deswegen den erfahrenen langjährigen Abgeordneten [Steffen Leipnitz](#) vorgeschlagen, der nicht gewählt wurde.

Hierzu erklärte die Co-Fraktionsvorsitzende, [Nora Stärz](#):

„Selbstverständlich gratulieren wir dem Kollegen Haase zu seiner Wahl, wünschen ihm viel Erfolg im neuen Amt und bieten ihm die Zusammenarbeit an.“

Allerdings müssen die Koalitionsfraktionen von Grünen und SPD aber auch die FDP-Gruppe sich die Frage gefallen lassen, inwiefern diese Missachtung von parlamentarischen Gepflogenheiten, dass im Präsidium der Bezirksversammlung auch die Mehrheitsverhältnisse abgebildet werden sollten, stilbildend für die rot-grün-gelbe Koalition im Bezirk sein sollen?“

[Marinus Stehmeier](#), Co-Fraktionsvorsitzender der Linke ergänzte:

„Klassisch liberal-Hanseatisch würde man einfach von »schlechtem Benimm« sprechen.“

Politisch stellen wir die Frage, ob rot-grün glaubt die Interessen ihrer Wähler*innen – nachdem sie sich die FDP-Gruppe als Mehrheitsbeschaffer*in organisiert hatten – vertreten zu können, indem sie nun auch noch den Schulterchluss mit der CDU probt.

Die Linke wird das nur anspornen ihre Oppositionspolitik für soziale Gerechtigkeit und eine menschliche Großstadtpolitik zu verstärken.“

Silvesterparty im Überseequartier Mehr Geld für Stadtteile statt teures PR-Event

17. Oktober 2025



Die Fraktion Die Linke in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte hat einen Antrag eingebracht, der sich klar gegen die geplante ZDF-Silvesterparty im Überseequartier aus-

spricht. Während Berlin bereits auf das teure Spektakel verzichtet, plant der Hamburger Senat ein inszeniertes Feuerwerk mit schwimmender Bühne.

„Statt in eine PR-Party zu investieren, sollte Hamburg das Geld lieber in die Stadtteile stecken“,

sagt [Antonia Ivankovic](#), Bezirksabgeordnete der Linksfraktion. „Dass hier weder die Anwohner*innen noch die Bezirksversammlung in die Planung miteinbezogen wurden, ist ein Unding. Die beste Werbung für Hamburg sind lebendige, gut finanzierte Bezirke – nicht mediale Spektakel, die auf Kosten der Nachbarschaft gehen.“

Der Bezirksamtsleiter wird aufgefordert, sich klar gegen die ZDF-Silvesterparty gegenüber dem Senat zu positionieren und sich für eine höhere Finanzierung zugunsten bezirklicher Belange einzusetzen.

Der Antrag wurde zunächst in den City-Ausschuss am 11.11.2025 überwiesen, zu dem auch die Veranstalter der Silvesterparty eingeladen wurden. Die Fraktion erwartet dort eine sachliche und transparente Diskussion über die Prioritäten der Stadtentwicklung und die Rolle des Bezirks bei Großveranstaltungen.

Armut im Alter für viele vorprogrammiert?

Veranstaltung der bezirklichen AG Senior*innenpolitik



Vorne vlnr: Uwe Böhm, Deniz Celik, Wolfgang Strauß, Detlef Baade, Foto: Verena Brachvogel

Kurz vor drei hatten wir als Veranstalter Herzrasen: Unser Hauptreferent Deniz war noch nicht da. Punkt 15 Uhr war er es aber und wir konnten unmittelbar starten. Und zwar mit einem Lied von unserem Genossen Uwe Böhm.

Immerhin ungefähr 20 Menschen waren unserer Einladung in die Horner Freiheit gefolgt und diskutierten angeregt mit Deniz Celik und Detlef Baade über viele Themen, die alte (und junge!) Menschen umtreiben, z.B.

-Was wird aus meiner Rente?

-Werde ich mit meiner Rente auskommen?

-Was ist dran an der ständigen Behauptung, dass die Rente nicht mehr finanzierbar sei?

-Beuten die Alten tatsächlich die Jungen aus?

-Was ist, wenn ich pflegebedürftig werden sollte?

-Welche Beratungsmöglichkeiten habe ich als von Altersarmut bedrohter oder schon betroffener Mensch?

-Wie kann ich auch als armer Mensch am gesellschaftlichen Leben teilhaben?

Und vor allem: Was sind die Ideen der LINKEN für ein gutes Leben im Alter für alle?

Da ist zunächst mal die Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, auch Bundestagsabgeordnete, Selbstständige und Beamte. Und natürlich Arbeit, die dauerhaft vernünftig entlohnt wird. Und außerdem brauchen wir eine Reichensteuer, ganz im Sinne von Jan: Es sollte keine Milliardäre mehr geben.

Nicht wenige Gäste konnten Fachwissen beisteuern, so dass am Ende gegen 17 Uhr alle sagen konnten: Ich habe etwas gelernt. bsl

Wir sind das Stadtbild!

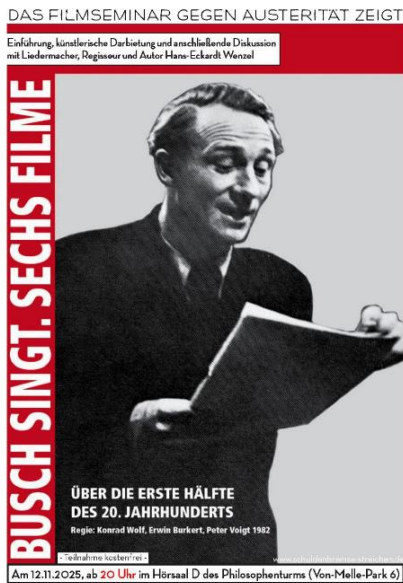
Mensch gewinnt immer mehr den Eindruck, dass Friedrich Merz sich vorgenommen hat, sein Amt in dreieinhalb Jahren (spätestens) an den Spitzenkandidaten der AfD abzugeben. Anders ist es nicht mehr zu erklären, dass der Kanzler pures rassistisches AfD-Sprech absondert und sich in derselben Veranstaltung scheinbar aggressiv von der AfD abgrenzt. Gut, er hat später dann etwas differenziert, aber der Spruch vom Stadtbild war und ist in der Welt.

Es ist schwer zu glauben, dass Merz und Consorten wirklich glauben, die AfD könne klein gehalten (26% in einigen Umfragen!) oder gar „halbiert“ werden, indem ihre Politik schlicht übernommen wird. Alle Erfahrung der letzten Jahre und Jahrzehnte lehrt, dass die Menschen in solchen Fällen das Original wählen, nicht die schlechte Kopie.

Umso erfreulicher war es, dass trotz ausgesprochen miesen Wetters einige Tausend Hamburger*innen sich am 25. Oktober auf dem Rathausmarkt einfanden, um Merz' Äußerungen entgegen zu treten. Nicht die Menschen, die keine weißen Männer aus dem Sauerland sind, verderben das Stadtbild, sondern alte und neue Nazis, Spekulationsburgen und fehlende Wohnangebote für arme Menschen. Deniz Celik sprach für die Bürgerschaftsfraktion auf dem Rathausmarkt dazu klare Worte.

Anschließend zog die Demo über die Mönckebergstraße zum Hauptbahnhof, gut sicht- und unüberhörbar. Mag sein, dass das einigen Einkaufswilligen aus dem Umland nicht gefiel. Aber wir sind nun mal das Stadtbild. bsl

**„Busch singt“ von Konrad Wolf (1982) am 12.11.2025, ab 20 Uhr
im Kokoschka-Hörsaal (Phil D) im Philosophenturm (Von-Melle-Park 6)**



Einführung, künstlerische Darbietung und anschließende Diskussion mit Liedermacher, Regisseur und Autor Hans-Eckardt Wenzel

Wehrpflicht, Arbeitsdienst, enthemmte militärische Aufrüstung, rassistische Gesetzgebung und forcierte Verfolgung von „Andersdenkenden“ – mit diesen Maßnahmen des Jahres 1935 ebnete das faschistische Deutschland

den Weg für den Beginn von Weltkrieg und Massenvernichtung vier Jahre später. Wenn die Geschichte auf diese Weise lebendig wird, gewinnt auch das Lernen aus der Geschichte vitale gegenwärtige Bedeutung – insbesondere aus der Geschichte des Widerstands, des Ringens um Humanität für eine Welt ohne Ausbeutung, Krieg, Gewalt und Elend und des Gelingens der Befreiung 1945.

Einen der eindrucksvollsten Versuche, eine lehrreiche Chronik dieses widerständigen Wirkens auf die Leinwand zu bannen, stellt der Fragment gebliebene, sechsteilige Dokumentarfilm „Busch singt“ von Konrad Wolf aus dem Jahre 1982 dar.

Der 1925 geborene Regisseur Wolf, Präsident der Akademie der Künste der DDR von 1965-1982, jüngster Sohn einer jüdisch-deutschen Familie, die als Kommunisten 1933 nach Moskau emigriert war, wuchs mit den Liedern Ernst Buschs auf. Als freiwilliger Rotarmist war er 19-jährig an der Befreiung Berlins beteiligt. Sein Aufklärungsbataillon spielte an der Front über Lautsprecher u.a. auch Buschs Lieder und bewegte auf diese Weise zahllose deutsche Wehrmachtssoldaten zum Strecken der Waffen. Mit dem Film würdigt er das beispielgebende Lebenswerk seines späteren engen Freundes und Weggefährten, des 1900 in Kiel geborenen Sängers, Schauspielers und Antifaschisten Ernst Busch, der zur selben Zeit (Ende April 1945) – gerade aus faschistischer Haft im Zuchthaus Brandenburg befreit – ebenfalls auf dem Weg nach Berlin gewesen war.

Busch trat, als Maurersohn aus ärmlichen Verhältnissen, 1916 der Sozialistischen Arbeiterjugend, später unter dem Eindruck des Matrosenaufstands der USPD und folgend der KPD bei. Mit einjährigem Gesangs- und Schauspielunterricht ausgestattet,

wurde er ab 1927 durch den Kreis um Erwin Piscator in Berlin zur Stimme der proletarisch-revolutionären Bühnenkunst. Seine ausdrucksstarken, bewegenden Interpretationen der Werke von Brecht, Eisler, Tucholsky, Mühsam, Weinert, Kästner, u.v.m. bildeten das Lebenselixir und entscheidenden Quell der Zuversicht für zahllose Widerständler:innen gegen Faschismus und Krieg in aller Welt. Auf Seiten der Volksfront gegen die Franco-Diktatur dichterisch kämpfend, wurde Busch selbst 1940 in Frankreich interniert und der Gestapo überstellt. Angeklagt wegen „Hochverrats“ und bereits mehrfach totgesagt intonierte er vor den NS-Justizschergen das Lied von den „Moorsoldaten“ und überlebte die anschließende Zuchthaushaft.

Die bewegte Lebensgeschichte Ernst Buschs steht geradezu beispielhaft für die befreiende Wirkung einer revolutionären Menschenliebe, die im künstlerischen Schaffen als persönliche Haltung einen universellen, kämpferischen Ausdruck findet.

Das unermesslich bedeutsame Verdienst des Films von Konrad Wolf, der im Freund Busch Seinesgleichen erkannte, ist es, diese Wirkungsweise lebendig zur Anschauung zu bringen und seine überzeitliche Aktualität auf diese Weise begreiflich und aneignbar zu machen.

Dieses kulturelle Erbe des bereits errungenen Siegs der Humanität über die Barbarei ist Auftrag und Ermöglichung zugleich.

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ bedeutet nicht zuletzt eben auch, sich mit der ganzen Person bewusst in die Geschichte zu stellen und im Verbund mit Seinesgleichen für die globale Entfaltung des Humanen in seiner schönsten Gestalt leidenschaftlich zu streiten.

Die Kunst ist dabei der entscheidende Bewegende, gänzlich und unumkehrbar von der allzu gegenwärtigen Vergangenheit zu scheiden. Der Mensch sei dem Menschen ein Freund, immerzu.

International solidarisch – Schluss mit Austerität!

„Wo er sich zu Tisch setzt
Setzt sich die Unzufriedenheit zu Tisch
Das Essen wird schlecht
Und als eng wird erkannt die Kammer.
Wohin sie ihn jagen, dorthin
Geht der Aufruhr, und wo er verjagt ist
Bleibt die Unruhe doch.“
Bertolt Brecht, „Lob des Revolutionärs“, 1932.

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr, wieder ab 14.11.

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke/Ecke Neuer Wall

Dienstag, 04.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel V30**, Vogelhüttendeich 30, 21107 HH

Mittwoch, 05.11., 15:30 Uhr:

Treffen der LAG Senior*innenpolitik
„**Renten wie in Österreich?**“
Mit dem Genossen Mag. **Michael Graber** (KPÖ)
aus Wien,
Sitzungsraum, Burchardstr. 21

Montag, 10.11., 16:30 Uhr

Treffen der **BezAG SeniorInnenpolitik**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Dienstag, 11.11., 19:00 Uhr

Treffen der **LAG Klimagerechtigkeit**
Landesgeschäftsstelle, Burchardstrasse 21

Donnerstag, 13.11., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a

Donnerstag, 13.11., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli/Neustadt/Hafencity**
Hamburger Hochstraße 1 a, Abgeordnetenbüro
Marie Kleinert, (**Achtung, neuer Treffpunkt**, am
Hein-Köllisch-Platz)

Sonntag, 16.11., ab 18 Uhr

Mitgliedertreffen (siehe S.2)
Centro Sociale, Sternstraße 2

Montag, 17.11., 19:00 Uhr

Treffen der **BO HaHoBo**
Horner Freiheit, Am Gojenboom 46

Mittwoch, 19.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 20.11., 17:30:

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Caffamacherreihe 1-3, 11.OG

Dezember

Dienstag, 02.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel V30**, Vogelhüttendeich 30, 21107 HH

Donnerstag, 11.12., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a

Donnerstag, 11.12., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli/Neustadt/Hafencity**
Hamburger Hochstraße 1 a, Abgeordnetenbüro
Marie Kleinert,

Montag, 15.12., 19:00 Uhr

Treffen der **BO HaHoBo**
Horner Freiheit, Am Gojenboom 46

Mittwoch, 17.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei:

<https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/>

Und der der Bürgerschaftsfraktion:

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/termine>

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Rhia Baguley		rhia.baguley@die-linke-hamburg.de
Lea Behn		lea.behn@die-linke-hamburg.de
Laura		
Luzian Massarrat		luzian.massarrat@die-linke-hamburg.de
Vincent Rejmanowski		vincent.rejmanowski@die-linke-hamburg.de
Jamila Schrum		jamila.schrum@die-linke-hamburg.de
Wolfgang Strauß (Schatzmeister)		wolfgang-strauss@die-linke-hamburg-mitte.de
Yannick Yildiz		yannick.yildiz@die-linke-hamburg.de
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de

Instagram: https://www.instagram.com/dielinkehh_mitte/

Im Netz: <http://www.die-linke-hamburg-mitte.de>

Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
---	--------------	-----------------------------

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX